

KAS INTERNATIONAL

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



RECHTSSTAAT:

Das XIII. Verfassungsrichtertreffen in Mexiko befasste sich mit der Gewaltenteilung im modernen Verfassungsstaat – ein Thema von hoher Brisanz in Lateinamerika.



DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG:

Gemeinsam gegen Gewalt: Initiativen kommunaler Krisenprävention in Guatemala, den Palästinensischen Autonomiegebieten, Israel und Südkorea.



PARTEIEN- UND PARLAMENTSBERATUNG:

Auf den Philippinen wurde zum ersten Mal eine breit zugängliche Plattform für die strategische Ausbildung von Kandidaten geschaffen.



WERTE- UND RELIGIONS-DIALOG:

In den multiethnischen Gesellschaften des westlichen Balkans ist interreligiöser Dialog zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens unerlässlich.

GLOBALE RESSOURCENSICHERHEIT

VON GEMEINSAMEN HERAUSFORDERUNGEN ZU KOOPERATIVEN LÖSUNGEN

Wirtschaftswachstum und zunehmender Wohlstand in zahlreichen Schwellenländern, darunter vor allem China und Indien, führen zu einer weltweit steigenden Nachfrage nach Ressourcen. Daneben verschärft die Konzentration zahlreicher Ressourcen in politisch instabilen Regionen den globalen Wettbewerb um Rohstoffe.

Die Sicherung der globalen Ressourcenversorgung ist eine zentrale Herausforderung der kommenden Jahre. Daher steht das Thema im Mittelpunkt der Beratungen des G8-Gipfels, der im Juni 2007 im Ostseebad Heiligendamm stattfinden wird. Im Vorfeld des G8-Vorsitzes Deutschlands veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung am 5. und 6. Oktober 2006 gemeinsam mit dem New Yorker EastWest Institute und dem Auswärtigen Amt in Berlin den Internationalen Zukunftskongress „Globale Ressourcensicherheit: Von gemeinsamen Herausforderungen zu kooperativen Lösungen“.

Fortsetzung Seite 3



Teilnehmer des internationalen Zukunftskongresses „Globale Ressourcensicherheit: Von gemeinsamen Herausforderungen zu kooperativen Lösungen“, Forum der Akademie der KAS, Berlin im Oktober 2006

INHALT

■ Seite 2

Editorial

■ Seite 3

Globale Ressourcensicherheit

■ Seite 4

Rechtsstaatsprogramme

■ Seite 6

Medienprogramme

■ Seite 8

Demokratie und Entwicklung

■ Seite 10

KAS Panorama:
Veranstaltungsankündigungen

■ Seite 12

Förderung der
Menschenrechte

■ Seite 13

Wirtschafts- und
Sozialordnung

■ Seite 14

Parteien- und
Parlamentsberatung

■ Seite 16

Werte- und Religionsdialog

■ Seite 18

Energie und Umwelt

■ Seite 19

Personalia

■ Seite 20

Neuerscheinungen

EDITORIAL

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



Seit die Konrad-Adenauer-Stiftung Anfang der sechziger Jahre ihre ersten Büros im Ausland eröffnen konnte, hat die internationale Zusammenarbeit kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Über ihre weltweiten Programme und Projekte informiert die Stiftung durch eine umfangreiche Parlette von Publikationen und den Einsatz moderner Medien.

Die Ihnen nun erstmals vorliegende Broschüre „KAS INTERNATIONAL“ soll dieses Informationsangebot im Sinne eines Newsletters sinnvoll ergänzen. Wir wollen mit dieser Publikation in Zukunft einen breiten Kreis von Interessierten zeitnah über wichtige Ereignisse und Entwicklungen in unserer Arbeit informieren und dabei auch das breite Spektrum unserer Aktivitäten aufzeigen. „KAS INTERNATIONAL“ soll darüber hinaus auch die Leser dazu anregen, sich mit Hilfe unseres Informationsangebots über einzelne Themen oder Länder detailliert zu informieren.

Entwicklungszusammenarbeit lebt nicht nur von Engagement, guten Ideen und gleichgesinnten Partnern; sie muss auch kommuniziert werden. Der Austausch über Projekte, hilfreiche Anregungen und Impulse über kontinentale Grenzen hinweg ist unverzichtbar geworden, und zwar sowohl nach innen als auch nach außen. Zur Verbesserung dieser Kommunikation soll „KAS INTERNATIONAL“ einen Beitrag leisten.

Darüber hinaus sollen auch die Ziele und die Wertorientierung unserer weltweiten Arbeit deutlich und anschaulich dargestellt werden. Bei allem Respekt vor den unterschiedlichen Rahmenbedingungen in unseren Partnerländern verfolgen wir zum Beispiel in Kolumbien, Kenia und Kambodscha dennoch die gleichen Ziele und orientieren wir uns an den gleichen Maßstäben. Um dies deutlicher werden zu lassen, ist „KAS INTERNATIONAL“ nicht regional, sondern thematisch strukturiert. Es sind unsere zentralen Sektorthemen Rechtsstaat, Medien, Wirtschafts- und Sozialordnung, Entwicklung und Demokratie, Parteien- und Parlamentsberatung, Werte- und Religionsdialog, an denen wir unseren neuen Newsletter inhaltlich ausrichten. Hinzu kommen bevorstehende „Highlights“ der nächsten Monate und Neuigkeiten aus der Hauptabteilung „Internationale Zusammenarbeit“. Schwerpunktthema ist in diesem ersten Heft die „Globale Ressourcensicherheit“.

Allen Lesern wünsche ich eine interessante Lektüre und vielfältige Anregungen. Über Ihre Meinung, Kritik und neue Ideen würden wir uns sehr freuen.

Berlin, im März 2007

Dr. Gerhard Wahlers

Hauptabteilungsleiter Internationale Zusammenarbeit

IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung
Internationale
Zusammenarbeit
Klingelhöferstr. 23
D-10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktionsteam

■ Dr. Helmut Reifeld:
Koordination
■ Catrin Czyganowski:
Assistenz

■ Dr. Stefan Friedrich:
Medienprogramme

■ Nino Galetti:
Energie und Umwelt

■ Dr. Karsten Grabow:
Parteien- und
Parlamentsberatung

■ Andrea Kolb:
Demokratie und
Entwicklung

■ Katja Plate:
Werte- und
Religionsdialog

■ Susanna Vogt:
Wirtschafts- und
Sozialordnung

■ Dr. Jan Woischnik:
Rechtsstaatsprogramme

Kontakt über:

Vorname.Nachname@
kas.de

Gestaltung

SWITSCH
Kommunikationsdesign,
Köln

Fotos

dpa, KAS

© 2007

Konrad-Adenauer-Stiftung

Faire Wettbewerbsbedingungen sind letztlich essentiell für die langfristige Versorgungssicherheit mit Rohstoffen und für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum.

SCHWERPUNKTTHEMA

Globale Ressourcensicherheit

Von gemeinsamen Herausforderungen zu kooperativen Lösungen

Fortsetzung
von Seite 1 ►

Vor über 250 Teilnehmern aus 29 Ländern diskutierten führende Experten aus Deutschland und elf weiteren Staaten, darunter die USA, China, Russland und Brasilien über die künftige Sicherung von Energie-Ressourcen, mineralischen Rohstoffen und Wasser. Dabei wurde klar, dass es verschiedene Ansätze gibt, die gemeinsam verfolgt werden müssen. Für den Leiter des G8-Sherpastabes im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Ulrich Benterbusch, ist die Förderung der internationalen Kooperation wichtig. Der Energiemarkt biete einen Ansatzpunkt für eine künftige engere globale Zusammenarbeit. Erzeuger-, Transit- und Verbraucherländer hätten gemeinsame Interessen an stabilen Preisen, sicheren Transportwegen und einer stabilen Weltordnung. Der frühere stellvertretende Premierminister der Slowakei, Ivan Mikloš, und der Politikwissenschaftler Gu Xuewu unterstützten Benterbuschs Ausführungen.

Ein anderer wichtiger Schlüssel zur Sicherung der Rohstoffversorgung eines Landes ist die Diversifizierung der Bezugsquellen. Der Präsident des „China Institute of International Studies“, Ma Zhengang, erklärte, dass China den Energiebedarf seines anhaltenden Wirtschaftsbooms nicht nur mit Öl, Gas und Kohle, sondern auch durch die Nutzung erneuerbarer Energien und durch den Bau neuer Kernkraftwerke decken wolle. Die Vertreter der erdölfördernden Länder Norwegen und Kuwait, Staatssekretär Morton Wetland und der Forschungsdirektor der OPEC, Hasan Qabazard, glauben, dass es auch in Zukunft ausreichend fossile Energieträger geben werde. Nicht das in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder angekündigte Ende fossiler Rohstoffe sei das Problem, sondern ihr Abbau. Durch modernere Fördertechniken könnten neue Ressourcenlagen erschlossen werden, glauben beide. Daher gelte es, in die Erforschung effizienterer Fördermethoden zu investieren.

Prof. Dr. Stefan Krauter, Vertreter des Weltrats für erneuerbare Energien, verwies auf die hohen Kosten zur Erschließung schwer erreichbarer Ressourcen und erinnerte daran, dass der durch fossile Energieträger



Wilhelm Staudacher, Generalsekretär der KAS, mit dem Staatssekretär beim norwegischen Premier, Morton Wetland (rechts)

verursachte CO₂-Ausstoß für den Klimawandel verantwortlich sei und die dadurch bedingten Folgen erhebliche Kosten nach sich ziehen werden. Krauter gab sich überzeugt, dass die Kosten für erneuerbare Energieformen bereits in 30 Jahren unter denen von Öl und anderen Ressourcen liegen werden. Das Potential sei noch kaum ausgeschöpft. Ab 2040 könnten die erneuerbaren Energien dem Öl auf dem Energiemarkt den Rang ablaufen. Ein Land wie Brasilien habe wegen seiner für erneuerbare Energien günstigen geographischen Lage die Möglichkeit, das „Saudi-Arabien des 21. Jahrhunderts“ zu werden.

Oumar Ndiaye vom Umweltministerium im Senegal lenkte die Diskussion von strategischen Fragen der Energieversorgung hin zum wichtigsten Rohstoff: Wasser. Dieses sei nicht nur zur Sicherung der Produktivität einer Volkswirtschaft wichtig – es sei überlebenswichtig. Bei anhaltendem Klimawandel werde das Problem fehlenden Wassers die Sorgen um eine globale Ressourcenversorgung in den Schatten stellen. In einigen Regionen Afrikas sei aufgrund der seit über fünf Jahren anhaltenden Dürre bereits die Hälfte der gesamten Viehbestände verendet. Positiv hob Ndiaye in diesem Zusammenhang die zwischenstaatliche Zusammenarbeit der Anrainerstaaten des Senegal-Flusses hervor, die eine gerechte Aufteilung der Wasservorkommen regelt.



Der Politologe Gu Xuewu in Diskussion mit einem Konferenzteilnehmer

„Auf dass sich jeder, der Gerechtigkeit suche, an ein Gericht wenden könne, dass ihn anhören, ihn beschützen und gegen denjenigen verteidigen möge, der Macht und Willkür ausübt.“

RECHTSSTAATSPROGRAMME



Vicente Fox, ehemaliger mexikanischer Staatspräsident, eröffnete das Verfassungsrichtertreffen.

VERFASSUNGSRICHTERTREFFEN IN LATEINAMERIKA

Mit dem obigen Zitat des mexikanischen Unabhängigkeitskämpfers José María Morelos de Pavón eröffnete der damalige Staatspräsident Vicente Fox das XIII. Treffen der lateinamerikanischen Verfassungsgerichte im September 2006 in Cuernavaca, Mexiko. Zu der einwöchigen Fachkonferenz, die das Rechtsstaatsprogramm in Lateinamerika einmal im Jahr ausrichtet, werden die Präsidenten und Richter aller regionalen Verfassungsgerichte und -senate eingeladen. Neben den insgesamt 12 Gerichtspräsidenten und 18 weiteren Richtern nahmen dieses Mal auch der Präsident und der Vizepräsident des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofs teil.

Die Stärkung der Verfassungsgerichtsbarkeit ist einer der Themenschwerpunkte des Rechtsstaatsprogramms in Lateinamerika. Das erste Treffen lateinamerikanischer Verfassungsrichter organisierte die Stiftung bereits im Jahr 1993 in Guatemala. Die sich damals überwiegend noch in der Gründungsphase befindlichen Verfassungsgerichte Lateinamerikas sollten durch ein gegenseitiges Kennenlernen und einen intensiven Informationsaustausch gefördert werden. Das damals aufgebaute und heute gefestigte Kontaktnetz zwischen den Verfassungsrichtern ermöglichte den Austausch über Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Ausgestaltung und Stellung der Verfassungsgerichte im Staatsorganisationsgefüge, die Verbreitung wichtiger Entscheidungen einzelner Gerichte und eine gegenseitige Unterstützung und Bestärkung in ihrer Arbeit, da die Existenz dieser häufig außerhalb des eigentlichen Gerichtszweiges angesiedelten Verfassungsgerichte in einigen Ländern schon von Beginn an nicht unumstritten war.

Auch heute noch sehen sich die Verfassungsgerichte in einigen Ländern massivem politischen Druck ausgesetzt. Schon bei der Besetzung der Gerichte sind private und politische Abhängigkeiten häufig entscheidender als die persönliche und fachliche Eignung der Richter. Angesichts der in Lateinamerika vorherrschenden Präsidialdemokratie mit geringer parlamentarischer Tradition kommt einer unabhängigen Ver-

fassungsgerichtsbarkeit als Gegengewicht zur Exekutive im Rahmen staatlicher Gewaltenteilung indessen eine entscheidende Rolle zu. Der besondere Schutz der Verfassung und der darin verbrieften staatlichen Grundordnung und Grundrechte durch einen autonomen Spruchkörper, der sowohl Präsidialdekrete als auch Parlamentsgesetze für nichtig erklären kann, ist ein Garant für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und die Gewährleistung der Menschenrechte. Daher hat die Unterstützung und Stärkung dieser Institutionen nach wie vor einen hohen Stellenwert in der Arbeit des Rechtsstaatsprogramms.



Rudolf Huber, Leiter des Rechtsstaatsprogramms für Mexiko, Zentralamerika und die Karibik, mit dem chilenischen Verfassungsrichter Juan Colombo, der seit 1993 an den Verfassungsrichtertreffen teilnimmt (rechts)

Leitthema des XIII. Verfassungsrichtertreffens war „Die Gewaltenteilung im modernen Verfassungsstaat“. Dieses Thema erscheint weiterhin zeitgemäß angesichts der besorgniserregenden Entwicklungen in einigen Ländern Lateinamerikas, in denen sich populistische neue „Caudillos“ die sich ausbreitende Enttäuschung gerade der ärmeren Bevölkerungsschichten über die Unfähigkeit der demokratischen Regierungen zur Aufhebung der enormen sozialen Ungleichheit zu eigen machen und sich als Führer sogenannter sozialer Bewegungen legitimiert fühlen, die staatliche Ordnung und ihre Institutionen zu diskreditieren. Unter dem Vorwand einer direkten Legitimierung durch das Volk versuchen sie, ihre Ziele unter Missachtung demokratischer Spielregeln auf autoritäre Weise durchzusetzen.

4. KONFERENZ ASIATISCHER VERFASSUNGSRICHTER IN MANILA (PHILIPPINEN)

Mit dem Thema „Constitutional Jurisdiction between State, Culture and Religion – Striking the right Balance“ sprachen die Verfassungsrichter im November 2006 in Manila Probleme an, die insbesondere in den muslimischen Ländern der Region hochaktuell sind.

Dort werden Verfassungsbestimmungen, die Grundrechte wie Meinungs- oder Religionsfreiheit garantieren, durch traditionell – bisweilen auch fundamentalistisch – ausgerichtete Kreise unterlaufen. Dies führt dazu, dass sich moderate, aufgeklärte Muslime stark zurückhalten, um nicht Gefahr zu laufen, selbst Zielscheibe der radikalen Kräfte zu werden. Extremer Auswuchs bisher ist in diesem Zusammenhang der Mordaufruf gegen den (muslimischen) Anwalt einer Frau in Malaysia, die vom Islam zum Christentum konvertiert war.



2.v.r. sitzend: Clauspeter Hill, Leiter des Rechtsstaatsprogramms für Südostasien.

Vor diesem Hintergrund nahm erstmalig auch ein Richter des höchsten Gerichts in Malaysia (Federal Court) teil. Dato Abdul Hamid Mohamad (links außen, stehend) war durch seine erstaunlich liberale Entscheidung des sogenannten Turban-Falles Mitte 2006 bekannt geworden. Dabei ging es um die Frage, ob eine Schulleitung den Schülern verbieten darf, zusätzlich zur Schuluniform eine Kopfbedeckung zu tragen. Im Ergebnis hielt er das Verbot der Schule aufrecht und zeigte damit, dass auch in einem muslimisch geprägten Land durchaus eine Rechtsprechung möglich ist, die sachlich die verschiedenen Interessen im Licht der Verfassung abwägt.

Die Justiz tut sich in vielen asiatischen Ländern sehr schwer, dem Vorrang der säkularen Verfassung zum Durchbruch zu verhelfen. Immer wieder steht die vorrangige Geltung der Verfassung in Frage und immer wieder wird nach politischen oder wirtschaftlichen Interessen einflussreicher Personen oder Gruppen entschieden anstatt nach Buchstaben und Geist der Verfassung.

Peruanischer Verfassungsrichter bewirbt sich um die Ausrichtung des XIV. Verfassungsrichtertreffens 2007



Dabei stehen ihnen diejenigen Institutionen im Wege, die nach dem klassischen Prinzip gegenseitiger Herrschaftskontrolle durch verschiedene Staatsgewalten einer Machtkonzentration und dem damit regelmäßig einhergehenden Machtmissbrauch der Exekutive entgegenwirken sollen. Durch entsprechende Verfassungsreformen oder gar die Einberufung einer neuen verfassungsgebenden Versammlung, regelmäßig aber durch massive Einflussnahme auf die Berufung oberster Richter, Parlaments- und Kommissionspräsidenten wird in der Regel eine allmähliche Gleichschaltung aller staatlichen Institutionen angestrebt. Mit der Einführung neuer Ordnungswidrigkeiten oder Straftatbestände und deren gezielte Anwendung gegenüber Regimekritikern sowie mittels staatlicher Gängelung unabhängiger Medien wird jede oppositionelle Arbeit massiv behindert. Mit populistischen Versprechungen im Wahlkampf, propagandistisch aufgebauchten Regierungsmaßnahmen zur Armutsbekämpfung, Hetzparolen gegen die politischen Gegner und die „neoliberale“ Oberschicht, sowie dem Ausnutzen und Schüren einer in Lateinamerika verbreiteten USA-feindlichen Grundhaltung sichert man sich die Unterstützung der armen und marginalisierten Bevölkerungsschichten, deren Interessen man gegen die Mächtigen auch mal mit der „Robin-Hood-Methode“ (z.B. Straßenblockaden) durchzusetzen bereit ist.

Die Politik des anfangs auch von vielen europäischen Politikern hofierten venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez ist dabei nur das anschaulichste Beispiel. Seit seinem Amtsantritt im Jahr 1999 betreibt er kontinuierlich den Umbau eines vormals demokratischen Rechtsstaates in eine „sozialistische bolivarianische Republik“, in der die Staatsorgane zentralisiert und gleichgeschaltet, Energieerzeugung und -versorgung, Telekommunikation und andere wichtige Industriezweige zunehmend verstaatlicht werden. Eine unabhängige Medienberichterstattung wird immer schwieriger, bei den staatlichen Sendern kann eigentlich schon nicht mehr zwischen Information und Propaganda unterschieden werden.

Das siebte „Asian European Editors' Forum“ in Singapur gab Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch zwischen leitenden Redakteuren beider Kontinente.

MEDIENPROGRAMME



DAS REGIONALE MEDIENPROGRAMM IN ASIEN

Das Medienprogramm Asien (MPA) der KAS wurde 1996 ins Leben gerufen. Es zielt darauf ab, eine freie, verantwortlich handelnde und auf professionelle Standards verpflichtete Presse zu fördern. Dies wird durch den intensivierte Dialog unter führenden Journalisten der Region erreicht. So veranstaltet das MPA Konferenzen und Seminare zu aktuellen und wichtigen journalistischen Themen. Beispielsweise fand im vergangenen Jahr in Singapur das siebte „Asian European Editors' Forum“ statt, das sich den Meinungsaustausch leitender Redakteure beider Kontinente zum Ziel gesetzt hat. Hauptredner war der Premierminister von Singapur, Lee Hsien Loong. Im Dezember fand in Bali ein Seminar zum Thema: „Terrorism – International Law and the Media“ statt, eine Veranstaltung, die bei den teilnehmenden Journalisten aus ganz Asien großen Anklang fand.

Insbesondere wird auch das „Asia News Network“ (ANN; www.asianewsnet.net) vom MPA gefördert. Dieser Zusammenschluss von 16 asiatischen Zei-

tungen in 14 Ländern bildet bereits seit 1999 einen Nachrichtenverbund, der mittels einer Zentralredaktion in Bangkok einen Nachrichtenaustausch unternimmt. Der ANN ist mit einer täglichen Auflage von rund 14 Millionen der größte Nachrichtenverbund Asiens. Mitgliedszeitungen sind u.a. „The Nation“ (Bangkok), „China Daily“ (Peking), die „Jakarta Post“ oder der „Statesman“ (Kalkutta). Das MPA fördert hier u.a. das Austauschprogramm der Redakteure, die von den jeweiligen Mitgliedszeitungen für rund ein halbes Jahr in die Zentralredaktion nach Bangkok entsandt werden. Ziel dieses Nachrichtenverbundes ist es, die Berichterstattung über asiatische Ereignisse zu verbessern und zu intensivieren, den Mitgliedszeitungen den Zugang zu verlässlichen Informationsquellen zu ermöglichen und die Entwicklung eines besseren Journalismus in der Region zu fördern. Die Vorteile liegen klar auf der Hand: Die Abhängigkeit der Mitgliedszeitungen von den internationalen Nachrichtenagenturen reduziert sich und die Blätter erhalten umfangreiche und detaillierte Artikel aus einem spezifisch asiatischen Blickwinkel.



Logo des vom MPA geförderten Nachrichtenverbundes sowie der einzelnen Mitgliederzeitungen



Die Medienarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

in der Entwicklungszusammenarbeit ist in den vergangenen Jahren nachhaltig verstärkt worden. Dies geschieht im Rahmen der Länderprogramme, jedoch zunehmend auch im Rahmen von mittlerweile vier regionalen Medienprogrammen mit eigenen, entsandten Auslandsmitarbeitern:

- Asien (Sitz: Singapur)
- Lateinamerika (Sitz: Buenos Aires)
- Afrika (Sitz: Johannesburg)
- Südosteuropa (Sitz: Sofia)

Diese unterstützen die Arbeit der Auslandsmitarbeiter in einzelnen Ländern der jeweiligen Region, führen jedoch vor allem eigenständig Projekte und Maßnahmen zum Thema Medien und politische Kommunikation unter Einbeziehungen zentraler Akteure aus ihrer jeweiligen Region durch. Darüber hinaus ist geplant, in Zukunft auch die überregionale Vernetzung der Medienarbeit zu verstärken und damit mögliche Synergien besser zu nutzen.

Die Arbeit der einzelnen Regionalprojekte soll in „KAS INTERNATIONAL“ sukzessive vorgestellt werden. Den Anfang macht das Regionalprogramm Medien in Asien.

Im Bildungsbereich fördert das MPA das „Konrad Adenauer Asian Center for Journalism“ an der Ateneo Universität in Manila. Das Center bot als erste Bildungsinstitution Asienweit einen Online-Studiengang zum Erwerb eines M.A. in Journalismus an sowie ein umfangreiches Online-Weiterbildungsprogramm für arbeitende Journalisten in der gesamten Region (acjf.ateneo.edu). Ein weiteres Fortbildungsprogramm, das mit Hilfe des MPA am „Department for Media and Communication“ an der Royal University von Phnom Penh gegründet wurde und weiter gefördert wird, gibt jungen Talenten in Kambodscha die Möglichkeit einer professionellen Journalistenausbildung, die mit einem B.A. abgeschlossen wird. Die hohen Vermittlungserfolge am Arbeitsmarkt für die Abgänger aus diesem Bildungsgang sprechen für sich selbst. Eigene Bildungsprogramme des MPA, die aktuelle Themen wie beispielsweise „Reporting Religion“ aus journalistischer Sicht aufnehmen und für Journalisten aus der Region fachlich relevant umsetzen, runden das Bild dieses in Asien singulären Programms ab.

RADIOPROGRAMME IN NIGERIA

Radio ist in Nigeria ungemein populär, besonders im Norden hat fast jeder sein Transistorradio dabei. Der Grund: Das Radio ist nicht wie das Fernsehen von den häufigen Stromausfällen betroffen. Seit Juli 2006 baut die Konrad-Adenauer-Stiftung deshalb unter dem Titel „Vision Nigeria“ Radioprogramme zur politischen Bildung auf. Angefangen wurde in Kano, dem bevölkerungsreichsten Bundesstaat des Landes und wichtigen Wirtschaftszentrum im überwiegend islamischen Norden. Die Bevölkerung dort gehört mehrheitlich zu den Haussa-Fulani. Im Oktober folgte ein Programm für den überwiegend christlichen Südwesten mit Sitz in Ibadan, in dessen Einzugsbereich vor allem Yoruba leben. In Kürze soll das Programm auch von Enugu aus in Teile des Krisengebietes Nigerdelta ausgestrahlt werden. Die Zuhörer hier sind Igbo und Ijaw. Insgesamt erreicht das Sendegebiet dann ca. 50-70 Millionen Einwohner, davon sind mehrere Millionen Stammhörer. Das Format ist in allen Fällen gleich, die inhaltlichen Schwerpunkte sind regional: wöchentlich eine Stunde interaktive Radiosendung, an der die Zuhörer sich sehr intensiv durch Anrufe und Textnachrichten beteiligen. Moderator und Studiogast führen zunächst in das Thema ein, dann werden die Telefonleitungen geöffnet. Demokratie ist der inhaltliche Schwerpunkt, ganz besonders jetzt vor den Wahlen im April 2007. Ein Höhepunkt sollen Diskussionen mit den Spitzenkandidaten für die Ämter des Präsidenten, Vizepräsidenten und die Gouverneursposten werden.



Dr. habil. Klaus Pähler, Landesbeauftragter der KAS in Nigeria, mit dem Moderator während einer Radiosendung



Ergebnispräsentation des Monitorings elektronischer Medien in Belgrad

MEDIENMONITORING IN SERBIEN

Medien nehmen in Transformationsländern einen wichtigen Platz ein – und das obwohl oder gerade weil sie sich selbst in einem umfassenden Transformationsprozess befinden. Dieser bezieht sich auf die sich pluralisierende Medienlandschaft, auf die Professionalisierung der Journalisten und auf ihre Stellung innerhalb der Gesellschaft. Es zeigt sich, dass insbesondere die Lösung des staatlichen und politischen Einflusses ein mühsamer Prozess ist. Zwar existieren in vielen Transformationsländern notwendige Mediengesetze. Aber deren Implementierung erfolgt oft sehr zögerlich. Diese Entwicklung trifft auch für Serbien zu. Deshalb nimmt die Arbeit der KAS im Mediensektor dort einen besonderen Schwerpunkt ein. Im Jahr 2006 hat die KAS Belgrad gemeinsam mit einem lokalen Partner ein Medienmonitoring für elektronische Medien durchgeführt. Untersucht wurde, inwieweit die bestehenden Mediengesetze Eingang in die Praxis gefunden haben. Dabei wurde auch auf Aspekte wie Überparteilichkeit, Informationsgehalt, Programmzusammensetzung geachtet. Quartalsweise wurden die Ergebnisse im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt. Die hohe Beteiligung von Pressevertretern und die anschließenden Diskussionen auch in den Tageszeitungen bestätigen uns die Bedeutung dieser Arbeit. Die KAS ist dabei die einzige Institution, die systematisch solch eine Analyse vornimmt.

The Daily Star

The Nation

The Statesman

THE KATHMANDU POST

The Jakarta Post

THE STRAITS TIMES

VientianeTimes

Việt Nam News

THE DAILY YOMIURI

読売新聞

Wie Jugendliche, Kleinbauern, Polizisten und Psychologen, Handwerker, Pädagogen und Flüchtlinge gemeinsam gegen Gewalt vorgehen, sich gesellschaftspolitisch engagieren und lokale Politik mitgestalten.

DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG

POLITISCHE BILDUNG UND GEWALTPRÄVENTION

GUATEMALA

DIE FEDEPMA KOOPERATIVE: KAFFEE, POLITIK ODER BEIDES...

Wer hätte schon gedacht, dass so manch ein Kaffee, den man bei Starbucks trinkt, von FEDEPMA angebaut wird? FEDEPMA ist eine Kooperative von Kleinbauern und Handwerkern, die am Rande des Atitlán Sees, umgeben von Bergketten und Vulkanen, durch die Konrad-Adenauer-Stiftung aus- und fortgebildet wird. Doch es wird nicht nur Kaffee angebaut und vermarktet, sondern auch Politik gemacht. Durch die Verknüpfung von „einkommenschaffenden Maßnahmen“ mit der Förderung politischer Partizipation der gleichen Zielgruppe entstand FEDEPMA – ein aktives Mitglied in den sogenannten Gemeindeentwicklungsräten und -verwaltungen. Die Politik auf lokaler Ebene wird derzeit durch die Kleinbauern und Handwerker der Kooperative mitgestaltet. Dank der zusätzlichen Unterstützung der Europäischen Union wird im nächsten Jahr sogar ein Ausbildungszentrum von FEDEPMA entstehen können.



Der FEDEPMA-KAS Laden in Santiago de Atitlán

Santiago de Atitlán heißt der Ort, der bis 1996 Schauplatz des über drei Jahrzehnte andauernden Bürgerkriegs in Guatemala war. Weil die Region heute noch immer als potentieller Krisenherd angesehen wird, bleibt die seit 1992 in Santiago de Atitlán vertretene Stiftung präsent, um die Bürger langfristig zu einer aktiven Teilnahme am politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbauprozess zu befähigen. Hierdurch kann auch dem Wiederaufleben von Krisen in der Region vorgebeugt werden.



Mitglieder des Baader Youth Council



PALÄSTINENSISCHE AUTONOMIEGEBIETE BAADER – BEITRAG DER JUGEND IM PROZESS DER STAATSBILDUNG

Baader heißt auf Arabisch „initiiieren“. Initiiert ist der Prozess der palästinensischen Staatsbildung bereits. Jetzt muss er sich noch in eine demokratische und freiheitliche Richtung bewegen. Dafür will sich der „Baader Youth Council“ einsetzen, den die Konrad-Adenauer-Stiftung und das „International Peace and Cooperation Center“ (IPCC) im Juni 2006 gegründet haben. Die mehr als hundert Mitglieder des Jugendrats – Studenten und Vertreter von Jugendorganisationen – wurden auf Grund ihres sozialen Engagements und ihrer Führungsqualitäten von der Stiftung und dem IPCC ausgewählt und gelten als Akteure wie auch zukünftige Entscheidungsträger im Aufbauprozess einer pluralistischen Gesellschaft.

Im Alter von 17 bis 25 Jahren stehen viele junge Palästinenser vor der Entscheidung: Gehen sie in Richtung Fundamentalismus und Gewalt oder beteiligen sie sich konstruktiv am friedlichen Wiederaufbau? Wichtig ist ihnen, dass sie überhaupt etwas zu tun haben. Weiterbildungskurse der KAS zur politischen Bildung und zur Rolle der Frau fördern hier also nicht nur die Entscheidungsträger von morgen, sondern bieten auch im Alltag eine Alternative zur Anwendung von Gewalt. Um die Reichweite des Projekts zu vervielfachen, werden die Jugendlichen dieses Jahr die erlernten Konzepte an ihren Universitäten und Jugendorganisationen weitergeben. „Training of the Trainers“ heißt hier das grundlegende Prinzip zur langfristigen Weichenstellung.

Globale Sicherheitsfragen

Deutsch-Französisches Strategieforum

„Das Europa der Verteidigung darf nicht im Gegensatz zur NATO stehen“, dies betonte die französische Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie beim dritten deutsch-französischen Strategieforum. Doch auch wenn Deutsche und Franzosen der Ministerin hier einhellig zustimmten, zeigte sich, dass die NATO weiterhin Zankapfel zwischen Deutschen und Franzosen bleibt. Während Frankreich das Bündnis auf seine militärische Rolle beschränken möchte, sieht Deutschland in einem erweiterten Portfolio die Chance, die globalen Sicherheitsrisiken zu bekämpfen. Doch die Franzosen fürchten die Einflussnahme der USA. Dies war in allen Diskussionen der Konferenz spürbar, die die KAS in Zusammenarbeit mit dem Planungsstab des französischen Verteidigungsministeriums und dem „Institut Français des Relations Internationales“ (IFRI) am 9. und 10. Oktober 2006 in Paris organisierte. Während Deutschland die Vormachtstellung der USA anerkennt, strebt Frankreich nach einer „multipolaren Ordnung“. Sicherheit ist damit wenig geeignet, um den ins Stocken geratenen deutsch-französischen Motor wieder zu zünden. Ein deutsch-französischer Konsens in dieser Frage ist jedoch unabdingbar. Gelingt dies nicht, so könnte dies auch negative Folgen für die Europäische Außen- und Sicherheitspolitik haben. Die Fortsetzung des Sicherheitsdialogs im Frühjahr 2007 in Berlin ist in Vorbereitung.



Die französische
Verteidigungsministerin
Michèle Alliot-Marie

Transatlantisches Kolloquium zur Zukunft der NATO

Vom 3. bis 5. November 2006 diskutierten europäische und amerikanische Entscheidungsträger aus den Parlamenten, Ministerien, Militär, Wissenschaft und Journalismus auf Schloss Reinhartshausen in Eltville-Erbach über die Zukunft der NATO. Erörtert wurden die künftigen Aufgaben des Nordatlantik-Paktes angesichts der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen sowie die Möglichkeiten von NATO und EU, sich in Zukunft besser zu ergänzen.

Teilnehmer eines
Eingliederungsseminars

Aktives Erleben
simulierter Kon-
fliktsituationen
war ein zentraler
Bestandteil der
Konferenz in Jeru-
salem.



ISRAEL

POLIZEI, PSYCHOLOGEN, PÄDAGOGEN FOR PEACE

Dass die Evakuierung der jüdischen Siedler aus dem Gazastreifen im Sommer 2005 ohne schwere gewalttätige Auseinandersetzungen verlief, ist unter anderem der gründlichen psychologischen Ausbildung der israelischen Sicherheitskräfte zu verdanken. Zu dieser Schlussfolgerung kam Raffi Lev, Chef der Verhaltenswissenschaftlichen Abteilung der israelischen Polizei, bei einer dreitägigen Konferenz in Jerusalem, die die KAS und das israelische SOS-Zentrum für Gewaltstudien im September 2006 organisiert hatten. Unter dem Motto „Stärker ohne Gewalt“ saßen hochrangige Polizisten, Psychologen und Pädagogen aus Israel und Deutschland an einem Tisch und waren sich einig, dass langfristig Konflikte nur in Zusammenarbeit zwischen Sicherheitskräften, Pädagogen und Psychologen bearbeitet werden können – ebenso wie in der Grundschule Eltern, Lehrer und Schüler gemeinsam zur friedlichen Konfliktbearbeitung ausgebildet werden, wie der Leiter der Abteilung Gewaltprävention der Polizei aus Gütersloh berichtete. Hoffnung auf einen Rückgang der Gewalt seitens der israelischen Sicherheitskräfte gab der Beschluss der Teilnehmer, die sektor- und länderübergreifende Zusammenarbeit in Zukunft fortzuführen.

SÜDKOREA

DEMOKRATIESCHULUNGEN FÜR NORDKOREANISCHE FLÜCHTLINGE

In Südkorea werden Alltagssituationen für nordkoreanische Flüchtlinge simuliert, damit sie lernen, ihre neu gewonnenen demokratischen Rechte zu nutzen und Pflichten umzusetzen. Bedingt durch die jahrzehntelange Unterdrückung der Zivilgesellschaft im Norden fehlt den Flüchtlingen oftmals das Verständnis für gesellschaftliches Engagement und Kommunikation. In den sogenannten Eingliederungsseminaren, die die Konrad-Adenauer-Stiftung seit August 2006 in Zusammenarbeit mit dem nordkoreanischen Flüchtlingsverband und der südkoreanischen Organisation „EDU Plan“ durchführt, werden demokratische Grundwerte spielerisch und interaktiv vermittelt.

Durch die intensive Vorbereitung auf die Integration lernen die Flüchtlinge, kompetent auf Diskriminierungen und feindselige Tendenzen der südkoreanischen Gesellschaft zu reagieren und Konflikten vorzubeugen. Diese Art von Ausbildung ergänzt das dreimonatige staatliche Vorbereitungsprogramm im isolierten Auffangzentrum.

Ausblick auf ausgewählte bevorstehende Veranstaltungen

KAS PANORAMA

LATEINAMERIKA

1 II. Mexikanischer Kongress zum Verfassungsprozessrecht: verfassungsrechtlicher Grundrechtsschutz

29. Mai – 1. Juni 2007

4 Internationales Seminar „Politische Kommunikation im Dienst der Führungsrolle der Frau – Erfolgreiche Erfahrungen in Lateinamerika“

23. – 26. April 2007

9 Beratung der Verfassungsgebenden Versammlung: Video-konferenzen mit Experten aus aller Welt

April – Juni 2007

10 Regionaler Workshop „Demokratische Sicherheit in Zentralamerika – Optionen für eine Politik gegen grenzüberschreitende organisierte Kriminalität“

19. April 2007

EUROPA UND NORDAMERIKA

18 4. Deutsch-französisches Strategieforum „Afrika: ein vergessener Kontinent?“

26. – 27. März 2007

21 Fachkonferenz „Brücken bauen in Europa“ aus der Konferenzreihe „Europa im Wandel“

19. – 22. April 2007

AFRIKA UND NAHOST

47 „Tswalu-Dialog“: Diskussionsforum zu Good Governance, Entwicklung und Sicherheit

3. – 6. Mai 2007

52 Reflecting on 50 Years of European Integration

30. April – 1. Mai 2007

54 Expertenkonferenz: „Gesetzgebungsprozesse in der Arabischen Welt: Herausforderungen und Möglichkeiten“, April 2007

54 Workshop: „Regionale Wirtschaftsintegration in den Golf-Staaten: Chancen und Perspektiven für die EU“, Bahrain, Juni 2007

55 Internationale Konferenz „Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und die Türkei-EU-Beziehungen“

12. – 13. April 2007

ASIEN

56 Beginn des EU-Medienprojekts

Februar 2007

58 Trilateraler strategischer Dialog zwischen Deutschland, Indien und China

März 2007

64 KAS übernimmt Kopfstellenfunktion für deutsch-vietnamesische Kooperationsprojekte im Bereich Rechts- und Justiz-zusammenarbeit

24. Mai 2007

66 Beginn eines Kooperationsprojekts mit dem Khmer Institute for Democracy im Rahmen der „European Initiative for Democracy and Human Rights“

Februar 2007

68 8. „Asian-European Editors' Forum“ des Asia News Network

April 2007

VERANSTALTUNGEN IN BERLIN

■ Internationale Fachkonferenz „Menschenhandel“

19. – 20. April 2007

■ Öffentliche Debatte: „Transatlantischer Markt: Wie viel Integration braucht der transatlantische Wirtschaftsraum?“

23. April 2007

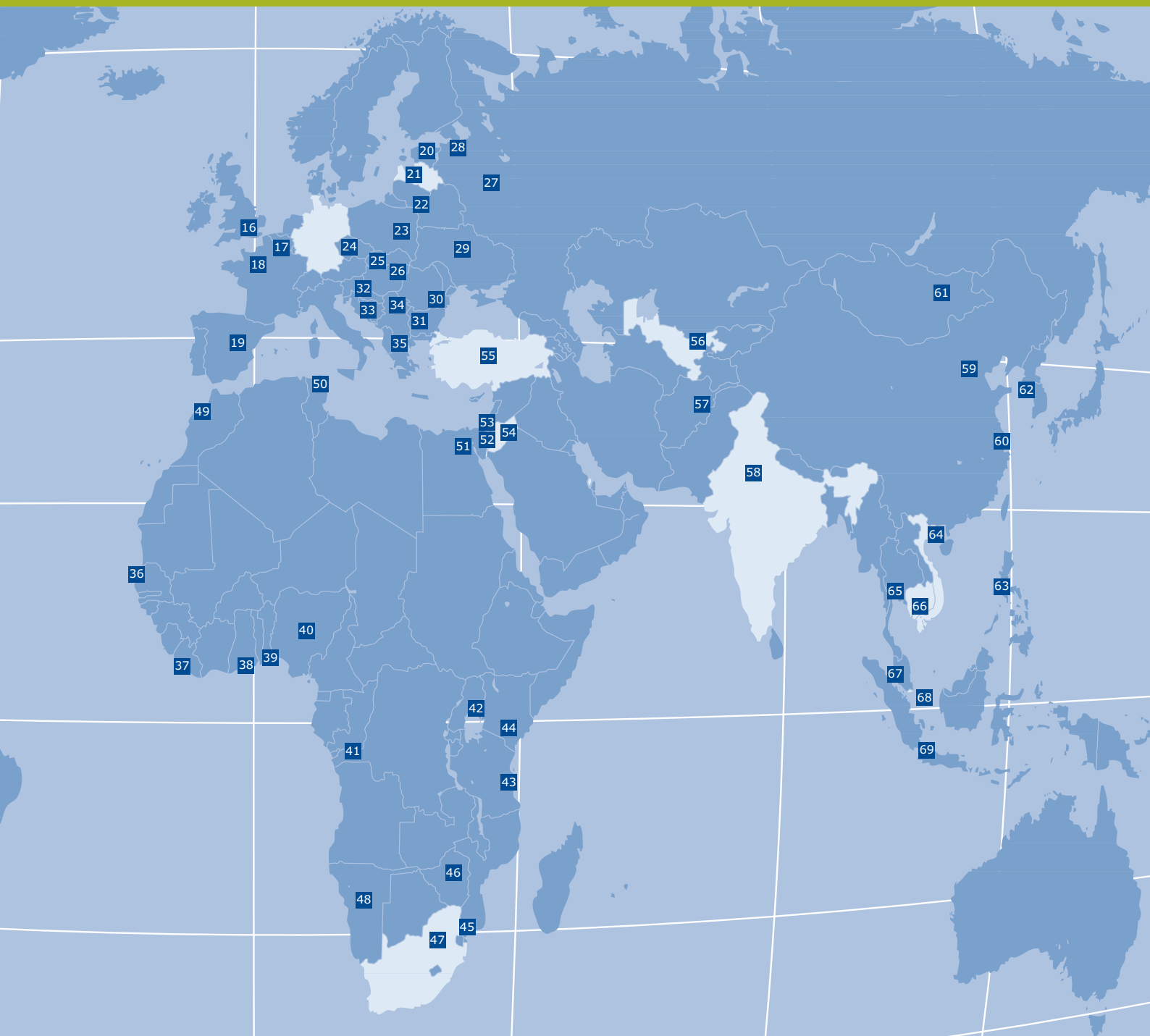
■ Afrika und der G8 Gipfel – Partnerschaft und Eigenverantwortung

8. Mai 2007



LÄNDER- UND REGIONALBÜROS DER KONRAD-ADENAUER-

temala, Guatemala-Stadt **3** Nicaragua, Managua **4** Costa Rica, San José, Tegucigalpa und Rio de Janeiro **13** Uruguay, Montevideo (Länderbüro und regional) **15** USA, Washington **16** Großbritannien, London **17** Belgien, Brüssel (Europabüro) **25** Slowakische Republik, Bratislava **26** Ungarn, Budapest **27** Rumänien, Bukarest (Länderbüro und Regionalprogramm Medien) **31** Bulgarien, Sofia (Länderbüro und Regionalprogramm Medien) **37** Liberia, Monrovia **38** Ghana, Accra **39** Benin, Cotonou (Länderbüro und Regionalprogramm Rechtsstaat) **44** Kenia, Nairobi (Länderbüro und Regionalprogramm Rechtsstaat) **49** Marokko, Rabat **50** Tunesien, Tunis **56** Usbekistan, Taschkent (Länderbüro und Regionalprojekt Zentralasien) **64** Vietnam, Hanoi **65** Thailand, Bangkok **66** Kambodscha, Phnom Penh



STIFTUNG | LATEINAMERIKA 1 Mexiko, Mexiko-Stadt (Länderbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Mexiko, Zentralamerika, Karibik) 2 Guayana 3 Venezuela, Caracas 4 Kolumbien, Bogotá 5 Ekuador, Quito 6 Peru, Lima 7 Bolivien, La Paz 8 Chile, Santiago de Chile 9 Brasilien, Fortaleza (Rechtsstaatsprogramm Südamerika) 10 Argentinien, Buenos Aires (Länderbüro und Regionalprogramm Medien) 11 12 Brasilien, Forquilha (Länderbüro und Regionalprogramm Politische Bildung Westafrika) 13 Kroatien, Zagreb 14 Bosnien und Herzegowina, Sarajevo 15 Serbien, Belgrad 16 Republik Mazedonien, Skopje 17 Nigeria, Abuja 18 D.R. Kongo, Kinshasa 19 Uganda, Kampala 20 Tansania, Dar Es Salaam 21 Mosambik, Maputo 22 Simbabwe, Harare 23 Republik Südafrika, Johannesburg (Länderbüro und Regionalprogramm Medien) 24 Namibia, Windhoek 25 Ägypten, Kairo 26 Israel, Jerusalem 27 Autonome Gebiete Palästinas, Ramallah 28 Jordanien, Amman (Regionalprogramm Nahost) 29 Türkei, Ankara (Regionalprogramm Nahost) 30 Afghanistan, Kabul 31 Indien, New Delhi 32 VR China, Peking und Shanghai 33 Mongolei, Ulan Bator 34 Republik Korea, Seoul 35 Philippinen, Manilla 36 Malaysia, Kuala Lumpur 37 Singapur, Singapur (3 Regionalprogramme: Politik, Medien und Recht) 38 Indonesien/Ost-Timor, Jakarta

EUROPA UND NORDAMERIKA 16 Frankreich, Paris 17 Spanien, Madrid 18 Estland, Tallinn 19 Lettland, Riga 20 Litauen, Vilnius 21 Polen, Warschau 22 Tschechische Republik, Prag 23 Russische Föderation, Moskau und Sankt Petersburg 24 Ukraine, Kiew 25 Rumänien, Bukarest (Länderbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Südost-Europa) 26 Kroatien, Zagreb 27 Bosnien und Herzegowina, Sarajevo 28 Serbien, Belgrad 29 Republik Mazedonien, Skopje 30 Nigeria, Abuja 31 D.R. Kongo, Kinshasa 32 Uganda, Kampala 33 Tansania, Dar Es Salaam 34 Mosambik, Maputo 35 Simbabwe, Harare 36 Republik Südafrika, Johannesburg (Länderbüro und Regionalprogramm Medien) 37 Namibia, Windhoek 38 Ägypten, Kairo 39 Israel, Jerusalem 40 Autonome Gebiete Palästinas, Ramallah 41 Jordanien, Amman (Regionalprogramm Nahost) 42 Türkei, Ankara (Regionalprogramm Nahost) 43 Afghanistan, Kabul 44 Indien, New Delhi 45 VR China, Peking und Shanghai 46 Mongolei, Ulan Bator 47 Republik Korea, Seoul 48 Philippinen, Manilla 49 Malaysia, Kuala Lumpur 50 Singapur, Singapur (3 Regionalprogramme: Politik, Medien und Recht) 51 Indonesien/Ost-Timor, Jakarta

„Wir sind überzeugt, dass die Institution des Ombudsmannes parallel zur Entwicklung einer unabhängigen russischen Justiz gestärkt werden muss.“



Perm 36:
ehemaliger Stalin-
scher Gulag

FÖRDERUNG DER MENSCHENRECHTE

ENTWICKLUNG DES RECHTSSCHUTZES IN RUSSLAND

Gespräch mit dem Leiter der Außenstelle Moskau, Dr. Thomas Kunze, anlässlich der Fachkonferenz „Monitoring von Menschenrechten: Entwicklung des Rechtsschutzes in Russland“. Die KAS Moskau richtete diese Konferenz am 1. und 2. Februar 2007 in Perm gemeinsam mit dem Menschenrechtsbeauftragten der Russischen Föderation, Prof. Wladimir Lukin, aus.

Moskau hat sich zu den Menschenrechten bekannt. Zugleich ist die Mehrzahl der Klagen vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof gegen Russland anhängig und allein die Duma blockiert eine Reform zur Straffung der Arbeitsweise dieses Gerichts. Handelt es sich also um ein reines Lippenbekenntnis?

Nein, so weit würde ich nicht gehen! Aber der Dialog mit Europa ist gestört. Die russische Seite fühlt sich unmittelbar angegriffen, wenn die Menschenrechtssituation auch nur thematisiert wird. Die Spannungen rühren aber auch von der Antipathie zwischen den neuen EU-Mitgliedern und Russland sowie dessen Energiepolitik. Zudem hat der „Westen“ manchmal Schwierigkeiten zu verstehen, dass sich dieses Riesenreich nicht auf Knopfdruck in eine Demokratie unseren Musters verwandeln lässt. Seit Beginn der Perestroika sind erst 20 Jahre vergangen. Die Zeit unter Präsident Jelzin war die freieste für die russische Bevölkerung. Sie hatte jedoch auch Schattenseiten: ausufernde Kriminalität, Staatschaos und eine verheerende Finanzkrise. Putin schaffte es, wieder politische und ökonomische Stabilität herzustellen; aber auch auf Kosten der Freiheitsrechte. Kritik ist deshalb angebracht. Bei Betrachtung der unglaublichen Entwicklung seit dem Ende des Kommunismus kann Russlands Entscheidung für Freiheit jedoch nicht ernsthaft bezweifelt werden.



V.l.n.r.: Dr. Thomas Kunze (KAS Moskau), Oleg Tschirkunow (Gouverneur, Perm), Tatjana Margulina (Menschenrechtsbeauftragte, Perm)

Die Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes, wie in Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention festgeschrieben, stand im Zentrum der Konferenz in Perm. Wo liegen hier die größten Herausforderungen?

Perm ist die Hauptstadt der gleichnamigen Region, die durch „Perm 36“ traurigen Ruhm erlangte. Dies war einer der berühmtesten Gulags, der als Lager für politische Gefangene bis 1987 existierte. An unserer Tagung in Perm beteiligten sich über 50 Experten, darunter Vertreter der Justiz, Nichtregierungsorganisationen, der Gouverneur und natürlich die Menschenrechtsbeauftragte von Perm. Die enormen Erwartungen der Teilnehmer spiegelt folgender Kommentar wider: „Hier im Ural, an der Grenze Europas und Asiens, sehen wir in der KAS nicht Deutschland, sondern Europa, dem wir uns immer zugehörig fühlten“. Für die Entwicklung des Rechtsschutzes sind die Stärkung der unabhängigen Justiz, die Stärkung der Gewaltenteilung und die Eindämmung der Korruption zentral. Über diese Themen sprechen wir auf unseren Veranstaltungen mit einer Offenheit, die viele bei uns zu Hause vielleicht verwundern würde. So hat die KAS bereits eine Diskussion zur alles überlagernden Rolle der Staatsanwaltschaft im russischen Justizsystem angestoßen. Es wird jedoch noch ein weiterer Weg sein, bis diese sich als gleichberechtigter Akteur im Verfahren begreift.

Ihre Kooperation mit dem Menschenrechtsbeauftragten erschöpft sich allerdings nicht in dieser Fachkonferenz. Welche Erwartungen verbinden Sie damit?

Mit dem Institut des Menschenrechtsbeauftragten der Russischen Föderation arbeiten wir seit 2005 zusammen, denn wir sind überzeugt, dass die Institution des Ombudsmannes parallel zur Entwicklung einer unabhängigen russischen Justiz gestärkt werden muss. Die Konferenz in Perm war Bestandteil einer landesweiten Konferenz- und Seminarreihe. Im Mittelpunkt stehen der Erfahrungsaustausch mit den regionalen Menschenrechtsbeauftragten, Fragen der Zusammenarbeit mit Regierungsbehörden und Menschenrechtsorganisationen sowie die Vorstellung des deutschen Systems des Menschenrechtsschutzes. Hierzu reiste Prof. Lukin bereits im Mai 2006 mit regionalen Ombudsleuten auf Einladung der KAS nach Deutschland.

■ **Das Interview führte**
Catrin
Czyganowski.

„Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ist ein Ordnungssystem mit einer Fülle von Ideen und Prinzipien, die für die Lösung aktueller Probleme und die Bewältigung langfristiger Herausforderungen (...) hervorragend geeignet sind.“

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG

INTERNATIONALE PUBLIKATION DES LEXIKON SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT



Die Vermittlung der ordnungspolitischen Grundlagen des Modells Soziale Marktwirtschaft ist ein wichtiger Pfeiler der internationalen Arbeit der KAS. Vor diesem Hintergrund hat die Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit das 2002 von der KAS publizierte „Lexikon Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik von A bis Z“ (hrsg. von R. H. Hasse, H. Schneider, K. Weigelt, Stuttgart) in 9 Sprachen übersetzen lassen: Das Nachschlagewerk liegt auf Chinesisch, Koreanisch, Serbisch, Spanisch und Vietnamesisch vor, die Übersetzungen ins Arabische, Englische, Französische und Ungarische sind kurz vor dem Abschluss.



In gut 170 Beiträgen zu Sachstichworten erläutert das Lexikon die Ursprünge und Grundideen der Sozialen Marktwirtschaft. Dabei haben die Autoren Neuland betreten: Noch nie wurden die theoretischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft in der kompakten Form eines Lexikons zusammengefasst. Grundlegende Überzeugung der Autoren ist dabei, dass das ursprüngliche Gedankengut der Sozialen Marktwirtschaft Lösungsansätze für Probleme bietet, die sich heute auf internationaler Ebene mit zunehmender Dringlichkeit stellen.



Eine große Zahl der Auslandsmitarbeiter setzt das Lexikon im Rahmen des ordnungspolitischen Dialogs ein. Nach Auftaktveranstaltungen zur Einführung des Nachschlagewerks wird die Publikation regelmäßig in das internationale Netzwerk der Stiftung in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik eingespeist. Das Regionalprogramm Nahost hat die bevorstehende Lancierung des arabischsprachigen Lexikons zum Anlass genommen, ein umfassendes Kommunikationskonzept und eine auf die gesamte Region ausgerichtete Kampagne mit einer Reihe von Veranstaltungen zu dem Themengebiet zu erarbeiten. Insgesamt lässt sich eine große internationale Nachfrage nach wirtschaftspolitischen Fachwissen über das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft feststellen: Für die spanischsprachige Ausgabe des Lexikons ist bereits die 2. Auflage in Vorbereitung.



Dem inhaltlichen Ziel der Herausgeber, ein hohes Maß an Zugänglichkeit gerade für die junge, reformorientierte Generation in den betreffenden Ländern zu ermöglichen, wird auch praktisch Rechnung getragen: In China, wo das Lexikon im renommierten Wissenschaftsverlag der Fudan University Press erscheint, konnte ein auch für dortige Verhältnisse sehr günstiger Abgabepreis von umgerechnet rund 3 Euro ermöglicht werden.

Prof. Dr. Bernhard Vogel schrieb zum Geleit der 1. Auflage: „Heute ereignen sich die wichtigsten Wirtschaftsbeziehungen im europäischen und weltweiten Rahmen. Diese neue Situation ist unübersichtlich, aber nicht undurchschaubar. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ist ein Ordnungssystem mit einer Fülle von Ideen und Prinzipien, die für die Lösung aktueller Probleme und die Bewältigung langfristiger Herausforderungen in Deutschland, Europa und darüber hinaus hervorragend geeignet sind. Wer den Ängsten vor der Globalisierung rational begegnen will, findet in der Sozialen Marktwirtschaft eine bewährte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für die Gestaltung der Zukunft.“ Dem soll die internationale Verbreitung des Lexikons Rechnung tragen.

+++ KURZMELDUNG +++

WTO-Konferenz in Shanghai

Zum 6. Mal fand am 6. Dezember 2006 in Shanghai die von der KAS mitorganisierte WTO-Konferenz statt. Die Tagung ist zum Markenzeichen eines offenen politischen und akademischen Austauschs auch über sensible Themen in China geworden. Praktiker der Handelspolitik und Wissenschaftler aus Asien und Europa haben diesmal die europäische Sicht eines fairen Welthandelssystems erörtert und auch auf die Verpflichtungen der chinesischen Politik hingewiesen. Damit kann Einfluss auf die zukünftige chinesische Handelspolitik genommen werden – Politikberatung im besten Sinne.

Parteien sind zwar keine hinreichende, wohl aber eine notwendige Bedingung für die Verankerung der Demokratie. Ohne demokratisch gesinnte, programmatisch und organisatorisch profilierte Parteien ist Demokratie nicht denkbar.

PARTEIEN- UND PARLAMENTSBERATUNG

INTERNATIONAL CONFERENCE OF ASIAN POLITICAL PARTIES

Die „International Conference of Asian Political Parties“ (ICAPP) wurde mit der Zielsetzung ins Leben gerufen, die Zusammenarbeit in Asien auch auf Parteebene zu fördern. Dabei wurde als Fernziel eine Einigung Asiens nach dem Vorbild der Europäischen Union ins Auge gefasst. Die vierte internationale Konferenz asiatischer politischer Parteien tagte im September 2006 in Seoul und stand unter dem Generalthema „Frieden und Entwicklung in Asien“. Die KAS war – wie bei den ICAPP Veranstaltungen in Manila und Bangkok zuvor – in die Planungen involviert und konnte so direkt auf die Konferenzgestaltung einwirken. Im Hinblick auf die „Patenschaft“ von Konrad-Adenauer-Stiftung und Hanns-Seidel-Stiftung bei der Gründung von ICAPP ist die Präsenz der KAS bei dieser und künftigen Konferenzen hoch einzuschätzen, um hochrangige Parteikontakte zu pflegen. Angesichts der Exklusivität europäischer Beteiligung ist die Teilnahme auch für das Erscheinungsbild der Stiftungsarbeit in Asien von Bedeutung.



Delegierte der ICAPP-Konferenz in Seoul

FLOOR-CROSSING UND DEMOKRATIE IN SÜDAFRIKA

Das seit 2002 eingeführte „Floor Crossing“-Gesetz in Südafrika erlaubt es Abgeordneten auf allen drei Politikerebenen, in einem bestimmten Zeitraum zwischen den Wahlen die Partei oder die Fraktion unter Mitnahme des Mandats zu wechseln. In der politischen Praxis begünstigt dieses Gesetz die stärkste Partei des Landes und verstärkt damit die Einparteiendominanz des ANC. Das Gesetz ist deshalb politisch heftig umstritten und die Oppositionsparteien fordern dessen Abschaffung.

Die KAS lud im November 2006 zu einer Konferenz ein, die das Thema in den Kontext „Parteiensystem und repräsentative Demokratie“ stellte. Einen Höhepunkt der Veranstaltung stellte das nationale Politiker-Panel dar. Es gelang, den ANC und hochrangige Vertreter der wichtigen Oppositionsparteien zu gewinnen, die bereit waren, dieses kontroverse Thema öffentlich zu diskutieren. Die Offenheit des Meinungsaustauschs und die sich anschließende engagierte Diskussion mit den Tagungsteilnehmern war ohne Zweifel ein Ereignis, das nicht zuletzt als ein Beispiel demokratischer Diskussionskultur bezeichnet werden kann. Es ist wichtig, den mit der Tagung eingeleiteten Dialog fortzusetzen, da Änderungen der Floor Crossing-Regelung und des Wahlrechts auf der politischen Agenda bleiben werden.



V.l.n.r.: Michael Masutha (ANC), Tony Leon (DA), Dr. Mangosuthu Buthelezi (IFP), Lance Greyling (ID), Bantu Holo-misa (UDM), Steve Swart (ACDP) und Dr. Somadoda Fikeni (National Heritage Council), Moderator

Mikulas Dzurinda, ehemaliger slowakischer Ministerpräsident und Vorsitzender der SDKU, hielt den abendlichen Festvortrag an der Universität Bonn.

KONFERENZ ZUM 3. KAS-DEMOKRATIEREPORT

In Vorbereitung des dritten KAS-Demokratiereports, der im Juni 2007 unter dem Titel „Parties and Democracy“ erscheinen wird, fand vom 29. bis 30. Januar 2007 die diesjährige Fachkonferenz auf dem Petersberg statt. Nachdem sich die beiden ersten Bände der Bedeutung unabhängiger Medien (Media and Democracy, 2005) für den Prozess der Demokratisierung sowie den rechtsstaatlichen Entwicklungen (Rule of Law, 2006) in unseren Partnerländern gewidmet haben, stehen 2007 die Entwicklung politischer Parteien und ihr Beitrag zur Demokratisierung in unseren Partnerländern im Mittelpunkt. Die Teilnehmer betonten die zentrale Rolle der

Parteien für die Interessenartikulation, Wertevermittlung, gesellschaftliche Entscheidungsfindung, Politikgestaltung, Kandidatenauswahl und politische Führung. Sie hoben jedoch auch hervor, dass Parteien und Parteiensysteme in zahlreichen Ländern noch weit vom Zustand der programmatischen und organisatorischen Reife entfernt sind oder sich kontinuierlich davon entfernen. Unzureichende programmatische Fundierungen, Egoismus, Personalisierung und Populismus wurden übereinstimmend als größte Probleme einer am Gemeinwohl orientierten Parteiendemokratie angesehen.





Der neue Vorsitzende der ODCA, Manuel Espino Barrientos, im Kreise der Vorsitzenden der ODCA-Mitgliederparteien

EINDEUTIGES ZIEL: WAHLERFOLGE IN DER ZUKUNFT

ODCA-TAGUNG IN MEXIKO

Mitgliedsparteien aus fast allen lateinamerikanischen Ländern waren vertreten, als sich die „Organización Demócrata Cristiana de América“ (ODCA) am 26. und 27. Januar 2007 in der mexikanischen Hauptstadt traf, um ihr Arbeitsprogramm für die unmittelbare Zukunft zu beschließen. Ganz oben auf der Tagesordnung stand der Anspruch, die christlich-demokratischen und die Parteien der politischen Mitte in Lateinamerika zurück in die Erfolgsspur zu führen und erneut in den Ländern Regierungsverantwortung zu übernehmen, wo sie derzeit noch von der politischen Macht ausgeschlossen sind. Vor dem Hintergrund einer komplizierten Situation des Subkontinents mit gravierenden Bedrohungen für seine Freiheit und politische Stabilität sei dies mehr als geboten, betonte der neue ODCA-Vorsitzende, Manuel Espino Barrientos. Dazu sagte er auch als Vorsitzender des in Mexiko regierenden „Partido Acción Nacional“ (PAN) ausdrücklich die Unterstützung seiner Partei zu. Klar war für die Parteienvertreter, dass konsistenten Programmen für die Bekämpfung der Armut Priorität zukommt, will man neopopulistischen und extremistischen Strömungen den Wind aus den Segeln nehmen.

+++ KURZMELDUNG +++

Im Gespräch in Berlin

Der türkische Ministerpräsident und Vorsitzende der AKP, Recep Tayyip Erdogan, und der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Bernhard Vogel, trafen sich im Sommer 2006 zum politischen Gedankenaustausch.



HOW TO WIN AN ELECTION

„How to Win an Election“ ist ein gemeinsames Projekt der KAS und der „Ateneo School of Government“ (ASG) in Manila, das sich an junge reformorientierte Kandidaten für politische Aufgaben richtet. Der gleichnamige Ratgeber, der eine komplette Anleitung für die Planung, Durchführung und Erfolgskontrolle von Wahlkampagnen anbietet, dient als Grundlage für Kandidatenschulungen im Vorfeld der Wahlen 2007. In zwei Seminaren wurden bisher 60 Kandidaten geschult. Erfahrene reformorientierte Politiker sowie renommierte Kampagnenmanager bereiteten die zukünftigen Abgeordneten, Gouverneure, Bürgermeister, Landräte und Mitglieder lokaler Parlamente auf das „Abenteuer Wahlkampf“ vor. Das viertägige Seminar vermittelte die Grundlagen einer erfolgreichen Kampagnenführung: Selbsterkenntnis und Selbsteinschätzung der eigenen Fähigkeiten und des eigenen Potentials, Grundlagen von Menschenführung, Stärken- und Schwächenanalyse, Analyse der Wettbewerber, Entwicklung und Durchführung einer Kampagnenstrategie, Aufbau und Arbeitsweise eines Kampagnen-



Teilnehmer an der ersten Kandidatenschulung „Leading People and Winning Elections“ in Tagaytay City vom 17. bis 21. Dezember 2006. In der Bildmitte der Leiter des Länderbüros der KAS auf den Philippinen, Klaus Preschle

teams sowie Organisation und Finanzierung einer Kampagne. Schließlich enthält der Ratgeber nicht nur „Best Practice“-Anleitungen, sondern auch praktische Checklisten, die nach dem Vorbild der in Landtagswahlkämpfen erprobten Checklisten der CDU Deutschland erstellt wurden. Das Projekt hat hohe Aufmerksamkeit erzielt, weil es zum ersten Mal eine breit zugängliche Plattform für die strategische Ausbildung von Kandidaten geschaffen hat.

Der gesellschaftspolitische Dialog der KAS mit Theologen – Friedensförderung durch interreligiösen Dialog

WERTE- UND RELIGIONSIALOG

EIN BEITRAG ZUR FRIEDENSFÖRDERUNG

DIALOG DER JUNGTHEOLOGEN IN SÜDOSTEUROPA

In den multiethnischen Gesellschaften des westlichen Balkans ist interreligiöser Dialog zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens unerlässlich. Denn hier ist interreligiöser Dialog gleichzeitig auch interethnischer Dialog. Allerdings hat der interreligiöse Dialog in vielen Ländern Südosteuropas noch nicht die Ebene der Gläubigen erreicht. Die KAS-Sarajevo arbeitet seit Sommer 2006 mit einer Gruppe von Studierenden der muslimischen, katholischen und orthodoxen Theologie an einem Projekt zur Vermittlung von praktischem Wissen über die „Anderen“ und zum Aufbau persönlicher Kontakte zwischen den Studierenden. Die KAS will die Jungtheologen so dazu befähigen und motivieren, sich nach der Beendigung ihres Studiums in ihren Gemeinden für den Abbau ethnischer Spannungen und für ein gedeihliches Zusammenleben der Angehörigen der verschiedenen Kirchen und Religionsgemeinschaften in ihrem Land einzusetzen.



Treffen der Jungtheologen in Bosnien und Herzegowina, Sommer 2006

Einigen besonders herausragenden Studierenden wird im Juni 2007 die Möglichkeit zum Kennenlernen der Staats-Kirchen-Strukturen und des interkonfessionellen Zusammenlebens in Deutschland gegeben. Unter anderem steht die Teilnahme am Deutschen Evangelischen Kirchentag auf dem Programm.



Messe im Kölner Dom, Juli 2006

SOMMERAKADEMIE FÜR KATHOLISCHE THEOLOGEN AUS LATEINAMERIKA

Das bischöfliche Lateinamerika-Hilfswerk Adveniat, die KAS und das Katholisch-Soziale Institut der Erzdiözese Köln organisieren seit 2003 jährlich eine Sommerakademie in Bad Honnef für lateinamerikanische katholische Theologen, die in Rom ein Zusatzstudium absolvieren. Die teilnehmenden ordinierten Priester bringen aus ihren Heimatländern bereits einige Jahre praktische Erfahrung in der Pastoralarbeit mit. In der Sommerakademie wird dann grundlegendes praktisches Wissen über wichtige Themen und Felder der christlichen Soziallehre vermittelt. Auf besonderes Interesse traf im Jahr 2006 das Themenfeld „Politik, Demokratie, Macht und Ethik“. Die Sommerakademie, die von Dr. h.c. Josef Thesing geleitet wird, ist mittlerweile fester Bestandteil im Ausbildungsprogramm des kirchlichen Führungsnachwuchses in Lateinamerika geworden. Die jährlich wachsende Zahl von Interessenten ist ein Beweis für den Erfolg des Programms.

+++ KURZMELDUNG +++

Gespräch mit dem Ökumenischen Patriarchen der griechisch- orthodoxen Kirche

Die KAS setzt sich für die Vernetzung von christlich-demokratischen Politikern, Journalisten und Experten mit Vertretern aller Religionsgemeinschaften ein. Im August 2006 konnte in Istanbul ein Gespräch zwischen dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus I., dem Generalsekretär der CDU, Ronald Pofalla MdB, dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Arnold Vaatz MdB, und hochrangigen Vertretern der EKD und der katholischen Kirche aus Deutschland stattfinden.



CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla MdB mit dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus I.

Manfred Grund
MdB mit moslemi-
schen Vertretern
aus Südthailand
am 9. Februar
2007 in Hadyai,
Thailand



KONFLIKTE VERSTEHEN, KONFLIKTE LÖSEN

DAS LÄNDERBEISPIEL THAILAND

Die Südprovinzen Thailands werden seit dem Jahr 2004 von schweren Unruhen und Terroranschlägen muslimischer Extremisten erschüttert. In den letzten Monaten eskalierte die Gewalt in der betroffenen Region weiter. Terror und Terrorabwehrmaßnahmen der Regierung haben zudem zu einer Entfremdung zwischen den Bevölkerungsteilen geführt.



Die KAS-Thailand veranstaltete im September 2006 in Zusammenarbeit mit der Assumption Universität Bangkok eine internationale Fachkonferenz über den Konflikt in Südthailand und Ansätze zur Konfliktlösung. Auf dieser Konferenz wurde die Publikation „Understanding Conflict and Approaching Peace in Southern Thailand“ vorgestellt, die theoretische Grundlagen und wissenschaftliche Analysen über den Konflikt in Thailand aus vielfältigen Perspektiven bietet.

Im Februar 2007 konnte sich der Bundestagsabgeordnete Manfred Grund (CDU) vor Ort einen Überblick über die schwierige Lage der Unruheprovinz verschaffen und mit Mitgliedern der thailändischen Regierung über Lösungsansätze für die Konflikte diskutieren.

+++ KURZMELDUNG +++

Kooperation mit der Universität El Zitouana

Zum ersten Mal öffnete sich eine der wichtigsten Bildungsstätten der islamisch-sunnitischen Welt der direkten Kooperation. Vom 20. bis 22. Februar 2007 führten die KAS und die Universität El Zitouana in Tunesien eine gemeinsame Großveranstaltung mit islamischen, christlichen und jüdischen Teilnehmern durch. Es wurden „heiße Eisen“ angepackt: Einer der Beiträge befasste sich mit dem interreligiösen Ansatz Papst Benedikts und seiner „Regensburger Rede“.

BRÜCKENBAUEN ZWISCHEN DEN RELIGIONEN

Ende Januar 2007 brachte die KAS gemeinsam mit dem „Royal Institute for Interfaith Studies“ im Rahmen der Konferenz „Religionen und Reformen“ am Toten Meer Vertreter des jüdischen, christlichen, muslimischen und hinduistischen Glaubens zusammen. Intensiv diskutiert wurde die Reformfähigkeit und damit die Wandelbarkeit von Religionen. Als Ehrenredner der internationalen Konferenz sprach der Vorsitzende des Instituts, Prinz Hassan Bin Talal, mit einem ansteckenden Optimismus über die Chancen, trotz aller Gräben und inhaltlichen Konflikte gemeinsam den Weg der „Humanitas“ zu beschreiten.

Prinz Hassan Bin Talal und das KAS-Team Amman



KULTURELLE DIMENSIONEN

MAROKKO UND EUROPA

Vom 2. bis 3. November 2006 führten die KAS und die „Association Ribat Al-Fath Marokko“ ein Dialogforum durch, das die Rolle von Kultur und Religion in den euro-mediterranen und euro-marokkanischen Beziehungen beleuchtete. Die Veranstaltung stand unter der Schirmherrschaft des Königs und genoss dadurch in Marokko ein besonders hohes Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit. Zu den Teilnehmern gehörten Dr. Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages, Abdelouahed Radi, Präsident der marokkanischen Abgeordnetenversammlung, Taieb Fassi-Fihri, Delegierter Minister für Auswärtige Angelegenheiten, sowie André Azoulay, Berater des Königs.

Das Themenspektrum Umwelt und Energie nimmt eine zunehmend bedeutendere Rolle in der Stiftungsarbeit ein.

ENERGIE UND UMWELT

KAS UND CAS FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN IN CHILE

Energiefragen bestimmen auch in Lateinamerika immer mehr das politische Geschehen und sorgen für Spannungen auf dem Kontinent. Chile etwa deckte bisher rund 70 Prozent seines Energiebedarfs durch Erdgasimporte aus Argentinien. Nach den von Argentinien einseitig verfüigten Kürzungen der Erdgaslieferungen im Jahr 2004 ist das energiepolitische Dilemma Chiles Gegenstand einer öffentlich geführten Debatte über die Formulierung einer nachhaltigen Energiepolitik geworden.

Das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Chile arbeitet eng mit der „Corporación Ambiental del Sur“ (CAS) zusammen, die sich besonders im Umweltbereich engagiert. Chile besitzt aufgrund seiner klimatischen Verhältnisse und seiner Geologie erhebliche Potentiale für Erdwärme, Solar- und Windenergie, Biomasse, Gezeiten- und Kleinwasserkraftwerke. Der CAS geht es bei ihren Bildungsmaßnahmen um die Verankerung des Umweltschutzes in der politischen Arbeit auf lokaler und regionaler Ebene. Sie berät Stadt- und Gemeindeverwaltungen sowie Regionalregierungen in der Formulierung einer kommunalen und regionalen Umweltpolitik. Eine Veranstaltung zum Thema „Chile und das Dilemma der nachhaltigen Energiepolitik“, die die KAS gemeinsam mit der CAS und dem Institut zur Förderung Patagoniens in der dortigen Hauptstadt Coyhaique veranstaltete, brachte die wesentlichen Akteure und Entscheidungsträger der chilenischen Energiepolitik zusammen. Der Veranstaltungsort Coyhaique war mit Bedacht gewählt; möchte doch die mit einmaliger Naturschönheit ausgestattete Region ihre Zukunft auf Natur- und Abenteuer Tourismus legen, die Zentralregierung in Santiago jedoch den Ausbau der Wasserkraft mit entsprechenden Umweltkonsequenzen forcieren.

Die Konferenz war ein Beispiel für die Förderung der Bürgerpartizipation. Zum ersten Mal wurden die Regionalpolitiker, die Zivilgesellschaft und die durch die Medienberichterstattung interessierte Öffentlichkeit umfassend über die Staudammprojekte, die Alternativen aus erneuerbaren Energiequellen, den Gesamtzusammenhang einer nachhaltigen Energiepolitik für Chile und die hinter dem Ausbau der Wasserkraft stehenden Interessen informiert.



RÜTTGERS SPRICHT IN WASHINGTON ÜBER ENERGIE

Vor rund 70 ausgewählten Gästen aus Politik und Wirtschaft nahm Ministerpräsident Jürgen Rüttgers bei seinem Besuch in Washington Anfang Februar 2007 auch zu den Themen Klimawandel und Energiesicherheit Stellung. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident erläuterte, warum Energiepolitik heute nicht mehr allein national bestimmt werden könnte. Daher benötigten die Europäer auch dringend eine gemeinsame Energie-Außenpolitik. Europa und die USA hätten aufgrund ihrer Wirtschaftskraft ein ungeheures Potential, den globalen Energie-Rohstoffmarkt zu organisieren. Durch eine bessere Verzahnung könnten gemeinsame Ziele im Umwelt- und Energiebereich gestärkt werden. Rüttgers mahnte, dass Europa und Amerika nicht nur im Anti-Terror-Kampf großen Herausforderungen gegenüberstünden. Auch dem Klimawandel müssten sich beide Wirtschaftsmächte mit dem gleichen Elan zuwenden: „Je länger wir warten, desto teurer wird es“, zitierte Rüttgers aus dem Bericht des britischen Regierungsberaters Nicolas Stern.

In über 100 Ländern engagiert sich die KAS für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit

PERSONALIA

NEUE GESICHTER:



DR. DIRK FÖRGER

Biologe

- ist seit Januar 2007 Koordinator des Medienprogramms Südosteuropa mit Sitz in Sofia.
- war zuvor Pressesprecher des Verbands der Netzbetreiber sowie freier Journalist und Medienberater.
- Kontakt: dirk.foerger@kas.de



PETER GIRKE

Jurist

- ist seit Januar 2007 Landesbeauftragter für Uganda und Südsudan.
- war zuvor Auslandsmitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in Kunduz / Afghanistan und Projektmanager für das Forum Ziviler Friedensdienst in Prizren / Kosovo.
- Kontakt: kaf@imul.com



STEFAN MALERIUS

Magister: Ost- und Westslawistik, Germanistik

- ist seit März 2007 Landesbeauftragter für Belarus mit Sitz in Litauen.
- war zuvor Projektleiter und Projektkoordinator beim Deutsch-Russischen Austausch e.V., Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ in St. Petersburg und in Berlin.
- Kontakt: stephan.malerius@kas.de



THOMAS SCHILLER

Magister: Geschichte, Politische Wissenschaften, Volkswirtschaft, Kunstgeschichte, Philosophie

- ist seit Februar 2007 Landesbeauftragter für Marokko.
- war zuvor Referent für Außenpolitik sowie Referent für Europapolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Bonn/Berlin.
- Kontakt: kasma@kas.org.ma



DR. KARLA SPONAR

Publizistin und Slawistin

- ist seit August 2006 Koordinatorin des Sektorprogramms „Medien und Demokratie“ in Lateinamerika mit Sitz in Buenos Aires.
- war zuvor als Geschäftsführerin mehrerer Medienbüros sowie als Redakteurin und Korrespondentin tätig.
- Kontakt: medios@kas.org.ar



KOMPETENZEN VOR ORT STEIGERN

Eine kontinuierliche Qualifizierung der Ortskräfte in den Auslandsbüros ist entscheidend für die erfolgreiche Bewältigung der wachsenden administrativen Aufgaben und Anforderungen der Zuwendungsgeber. Hierfür hat die Finanz- und Projektverwaltung der KAS zahlreiche Maßnahmen entwickelt. Im vergangenen Jahr nahmen 43 Kolleginnen und Kollegen aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie aus Lateinamerika an einem einwöchigen Verwaltungsseminar in Berlin teil. Dieses vermittelte neben Änderungen zuwendungsrechtlicher Bestimmungen auch Theorie und Praxisbeispiele der Früherkennung von Budgetbewegungen, der Crosscheck-Techniken und der Identifikation von Geschäftsrisiken. Besondere Berücksichtigung fanden außerdem Unterschlagungsprophylaxe und die Auseinandersetzung mit den Grundwerten der KAS. Dieses Seminar vermittelte aber nicht allein verwaltungstechnische Fachkenntnis. Es bot zudem Gelegenheit, die Kolleginnen und Kollegen in Berlin sowie deren Tätigkeiten besser kennen zu lernen. Damit wurde zugleich der Grundstein für eine Verbesserung der internen Kommunikation gelegt.



Die Auslandsmitarbeiter des Teams Afrika und Naher Osten trafen sich vom 4. bis 9. März 2007 im südafrikanischen Kapstadt unter Leitung des Vorsitzenden der KAS, Prof. Dr. Vogel (Mitte), HAL Dr. Gerhard Wahlers (rechts) und stellv. HAL Frank Spengler (links) zu einem Informationsaustausch. Als externer Redner sprach außerdem Michael Gahler MdEP über die EU-Afrika-Politik.



NEUERSCHEINUNGEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



ASEAN AND THE EUROPEAN UNION

Regionale Integration gewinnt in Asien immer mehr an Bedeutung. Die seit 40 Jahren bestehende ASEAN-Staatengemeinschaft ist bislang das erfolgreichste Beispiel zwischenstaatlicher Kooperation in Ost- und Südostasien. Zugleich wird in Asien aber auch die historisch einmalige Integrationsleistung der Europäer mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Hieraus resultiert ein intensiver Austausch zwischen der EU und ASEAN. Mit diesem Sammelband lässt die KAS Persönlichkeiten aus den europäischen Institutionen zu Wort kommen und gibt erstmalig einen umfassenden Überblick über Geschichte und Politikfelder der Kooperationsbeziehungen.

■ **Download:** http://www.kas.de/proj/home/pub/73/1/year2006/dokument_id-9716/index.html



MENSCHENRECHTE SICHERN: GLOBALE VERANTWORTUNG UND CHRISTLICH-DEMOKRATISCHER AUFTRAG

Die Dringlichkeit des politischen Handlungsbedarfs zur weltweiten Beachtung der Menschenrechte war selten so präsent wie heute. Für die KAS bildet daher die Förderung der Menschenrechte – geleitet von einem christlich-demokratischen Menschenbild – ein Kernanliegen ihrer Arbeit in Deutschland und weltweit. Ausgehend von der normativen Entwicklung des Menschenrechtsschutzes dokumentiert und bilanziert die Broschüre „Menschenrechte sichern“ dieses Engagement. Zugleich möchte sie all diejenigen zur Zusammenarbeit einladen, für die die Würde des Menschen und die Sicherung seiner Freiheit einen unverrückbaren Grundwert und Handlungsmaßstab bilden.

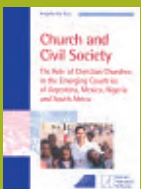
■ **Download:** http://www.kas.de/publikationen/2006/9801_dokument.html



DEMOKRATIEINDEX LATEINAMERIKA 2006

Der Demokratieindex Lateinamerika (IDD-Lat) analysiert die Demokratieentwicklung in Lateinamerika entlang der Dimensionen Grundvoraussetzungen der Demokratie, Achtung der politischen Rechte und Bürgerfreiheiten, Qualität der Institutionen und politische Effizienz sowie Regierungsfähigkeit. Demnach konnten Chile, Costa Rica und Uruguay ihre Demokratiewerte verbessern; insbesondere in Nicaragua, Venezuela, Bolivien und Ecuador bilden jedoch der Verfall von Institutionen und Parteien, die soziale Unzufriedenheit und Disparität sowie die mangelnde Verantwortung von Eliten den Nährboden einer populistischen Entwicklung.

■ **Download:** Deutsche Zusammenfassung http://www.kas.de/publikationen/2006/9211_dokument.html



CHURCH AND CIVIL SOCIETY: THE ROLE OF CHRISTIAN CHURCHES IN THE EMERGING COUNTRIES OF ARGENTINA, MEXICO, NIGERIA AND SOUTH AFRICA

Ausgehend von der Erkenntnis, dass die Kirchen in der Entwicklungszusammenarbeit eine bedeutende Rolle spielen, diese jedoch häufig unterschätzt wird, organisierte die KAS zusammen mit dem Forschungsinstitut für Philosophie Hannover eine Konferenz zum Thema „Kirche und Zivilgesellschaft in Schwellenländern“. Anhand von vier „Ankerländern“ wurde exemplarisch der Einfluss christlicher Kirchen auf die politische Entwicklung und auf die Ausbildung einer aktiven Zivilgesellschaft analysiert. „Church and Civil Society“ dokumentiert die Ergebnisse.

■ **Download:** http://www.kas.de/publikationen/2007/9863_dokument.html



POLEN UND DEUTSCHE. GEGENSEITIGE WAHRNEHMUNGEN NACH DER OSTERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Diese Studie zeigt, dass sich trotz des angespannten deutsch-polnischen Verhältnisses auf politischer Ebene das Bild Deutschlands in der polnischen Gesellschaft in den letzten drei Jahren auf sehr hohem Niveau stabilisiert hat (76 Prozent halten die Beziehungen für gut). In der Wahrnehmung Polens seitens der Deutschen vollziehen sich positive Veränderungen (insbesondere das Stereotyp eines rückständigen Landes verliert an Gewicht). Auch wenn negative Merkmale nach wie vor bestimmend sind, betrachten immerhin 60 Prozent die Beziehungen zum Nachbarland als gut. ■ **Download:** <http://www.isp.org.pl>